

# P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

## TOP 26 – Speicherung von Fluggastdaten

Dazu sagt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Karl-Martin Hentschel:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
Mobil: 0172/541 83 53  
E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 526.07 / 14.12.2007**

## Das Ende der Freiheit über den Wolken

Die EU plant, umfangreiche Daten über Fluggäste internationaler Flüge von den Fluggesellschaften zu erheben und an die Behörden zu übermitteln. Diese werde dann 13 Jahre lang in Datenbanken gespeichert und können zur Kriminalitätsbekämpfung ausgetauscht werden.

Wieder einmal wird das Argument der Terrorismusbekämpfung genutzt, um eine vorbeugende Überwachung von Bürgern immer weiter auszuweiten. Selbst bei bestem Willen der hiesigen Behörden – niemand kann bei einem internationalen Datenaustausch über Dutzende von Staaten garantieren, dass die Daten nicht in falsche Hände geraten.

Niemand kann ausschließen, dass es in der einen oder anderen Region der europäischen Union vorkommen kann, dass über Bestechung, Illoyalität von Beamten oder gar aus politischer Absicht Daten illegal genutzt und zu kriminellen oder auch zu politischen Zwecken missbraucht werden.

Das Vorhaben ist nicht nur gefährlich – es widerspricht auch Rechtsnormen, die zum Schutz der Bürger vor einem übermächtigen Staat geschaffen wurden. Es widerspricht sowohl dem in Art. 8 der EU-Grundrechte-Charta garantierten Grundrecht auf Datenschutz, und es widerspricht auch dem in Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 unseres Grundgesetzes garantierten Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Eine Speicherung von Daten sämtlicher die EU-Grenzen mit dem Flugzeug überquerenden Personen, ohne Anlass, über Jahre hinweg und ohne konkretem Verdacht oder Gefahr widerspricht nach langjähriger Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes auch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Schwach ist auch die Begründung des Vorschlages der EU. Er legt in keiner Weise dar, wie die Sicherheit durch die Speicherung von Daten erhöht und wie die Beschränkung der Reisefreiheit gerechtfertigt werden kann.

Es ist aber zu befürchten, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen auf Reisen verzichten, wenn sie befürchten müssen, dass Informationen darüber an politische Gegner, JournalistInnen, wirtschaftliche oder private KonkurrentInnen und andere weitergegeben werden können.

Aber das Problem ist nicht auf die EU beschränkt – im Gegenteil. Denn wenn Europa diesen Vorschlag verabschiedet, ist es höchst wahrscheinlich, dass andere Länder im Zuge der Gegenseitigkeit Zugang zu diesen Daten verlangen werden, wie es die USA bereits getan hat.

Sowohl Südkorea wie auch Australien haben sich schon mit einer derartigen Forderung an die europäischen Fluggesellschaften gewandt. Sollte die EU nach den USA diesen Rahmenbeschluss fassen, so wird sich voraussichtlich eine Speicherung von Fluggastdaten weltweit etablieren.

Damit würden sensible Reisedaten und Bewegungsprofile auch in Staaten ohne effektive Datenschutzregelungen und totalitären Systemen zur Verfügung stehen. Das hätte katastrophale Auswirkungen auf das Datenschutzniveau in der ganzen Welt. Es ist nicht abschätzbar, welche wirtschaftlichen Schäden durch die langjährige Beobachtung von Geschäftsreisenden hervorgerufen werden können.

Fehlerhafte Interpretationen von Daten von Geschäftsleuten, JournalistInnen, BürgerrechtlerInnen, Nicht-Regierungsorganisationen und auch TouristInnen können Anlass von Einreiseverboten werden, gegen die sich diese nicht wehren können.

Eine systematische Auswertung von Geschäftskontakten, Aktivitäten von Menschenrechtsgruppen, JournalistInnen durch fremde Nachrichtendienste werden möglich. Reinhard Mey sang einmal, über den Wolken müsse die Freiheit wohl grenzenlos sein. Ich bitte Sie deshalb, über Ihre Parteien, Verbände und die Medien alles Mögliche zu tun, um den Überwachungsstaat in der Luft zu verhindern.

\*\*\*